

Karlsruhe, im Dezember 2008

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

in dieser Ausgabe finden Sie u.a. Informationen über die neue Liste der SPD für die Kommunalwahl am 7. Juni 2009. Darüber hinaus berichten wir über die vielfältigen Aktivitäten der SPD-Fraktion (Gespräche, Anträge, Anfragen u.a.) in den vergangenen Monaten.

Für weitere Informationen über die Arbeit der SPD-Fraktion und die Zusendung bisheriger Ausgaben des SPD-Reports wenden Sie sich bitte an unsere Geschäftsstelle. Den Report finden Sie auch auf unserer Homepage. Stellvertretend für die SPD-Fraktion wünschen wir Ihnen besinnliche und erholsame Festtage sowie ein gutes, erfolgreiches und gesundes Neues Jahr 2009!



Doris Baitinger
Fraktionsvorsitzende



Dr. Florian Furtak
Fraktionsgeschäftsführer

SPD erstellt Liste für die Kommunalwahl 2009

- Fraktionsvorsitzende Doris Baitinger erneut Spitzenkandidatin -

Fraktionsvorsitzende Doris Baitinger wurde auf der Mitgliederversammlung der Karlsruher SPD am 29.11.2008 erneut zur Spitzenkandidatin der SPD für die Gemeinderatswahl am 7. Juni 2009 gewählt. Sie erhielt 136 Ja-Stimmen. Baitinger ist seit 2004 Fraktionsvorsitzende. 48 Kandidatinnen und Kandidaten wurden von den Mitgliedern, die sich im Gemeinschaftszentrum „Weiße Rose“ im Stadtteil Oberreut versammelt hatten, bestimmt.



Auf Platz 2 wurde der stellv. Vorsitzende der Gemeinderatsfraktion, der Durlacher Ortschafts- und Stadtrat Hans Pfalzgraf, mit 147 Ja-Stimmen bestätigt. Auf Platz 3 erhielt Elke Ernemann vom Ortsverein Hohenwettersbach 140 Ja-Stimmen. Thomas Balsler, Ortsverein Mitte (116 Ja-Stimmen), Yvette Melchien (Ortsverein Mühlburg, 158 Ja-Stimmen) und Gisela Fischer (Ortsverein Dammerstock-Weiherfeld, 114 Ja-Stimmen) wurden auf den

folgenden Plätzen 4 bis 6 bestätigt. Platz 7 eroberte Stadtrat Michael Zeh in einer Kampfkandidatur gegen den stellv. Kreisvorsitzenden Werner Stichs. Die weiteren Positionen wurden wie folgt gewählt: Ursula Paepcke (Ortsverein Nordstadt, 118 Ja-Stimmen) für Platz 8, Jürgen Marin (Ortsverein Neureut, 132 Ja-Stimmen) für Platz 9 sowie Ute Müllerschön (Ortsverein Knielingen, 153 Ja-Stimmen) für Platz 10. Von den zehn Erstplatzierten sind bislang Thomas Balsler (Listenplatz 4) und Yvette Melchien (Listenplatz 5) noch nicht im Gemeinderat tätig.

Auf Platz 11 gewählt wurde die amtierende Stadträtin Angela Geiger (Beiertheim-Bulach), gefolgt von Dr. Florian Furtak (Ortsverein Hagsfeld) auf Platz 12. Platz 13 ging an Marion Hug aus Oberreut. Platz 14 sicherte sich Dr. Heinrich Maul (Ortsverein Waldstadt). Auf den Plätzen 15 und 16 folgen die amtierenden Stadträtinnen Natascha Roth (Ortsverein Mitte) und Heike Backes (Ortsverein Rüppurr). Die Plätze 17-20 belegen Michael Helfer (Dammerstock-Weiherfeld), Rana Büyükyilmaz (Oststadt), Michael Fischer (Südstadt) sowie die Vorsitzende des Gesamtelternbeirats der Stadt Karlsruhe, Sabine Fleckenstein-Daum.

Allen gewählten Kandidatinnen und Kandidaten wurde die Druckfassung des Kommunalwahlprogramms 2009 der Karlsruher SPD mit guten Wünschen des Kreisvorstands überreicht. Der Titel des Wahlprogramms, das unter starker Mitwirkung der Mitglieder der amtierenden Gemeinderatsfraktion erarbeitet wurde, lautet:

„Entschlossenheit, Verlässlichkeit und Solidarität für ein modernes Karlsruhe.“

SPD: Nordtangente-Ost als kommunale Straße

- Land soll finanzielle Unterstützung leisten -

Hagsfeld braucht dringend eine Verkehrsentslastung und dies möglichst schnell! Dies machten auf einer gemeinsamen Pressekonferenz Mitte November sowohl der SPD-Landtagsabgeordnete Johannes Stober als auch Vertreter der SPD-Gemeinderatsfraktion und der SPD-Hagsfeld deutlich.

Günter Fischer, SPD-Ortsvereinsvorsitzender in Hagsfeld und langjähriger Landtagsabgeordneter erinnerte daran, dass den Hagsfeldern bei der Eröffnung des Autobahnanschlusses Karlsruhe Nord im Frühjahr 2007 eine baldige Weiterführung der Nordtangente-Ost zumindest bis zur Haid-und-Neu-Straße versprochen worden sei. „Wir können es der Hagsfelder Bevölkerung nicht länger zumuten, den zusätzlichen Verkehr von der L560 zur A5 zu ertragen“. Unterstützung erhielt Fischer von den SPD-Stadträtinnen **Angela Geiger und Elke Ernemann**. Beide erklärten, dass die Fraktion voll und ganz hinter den Hagsfeldern stehe und sich ebenfalls für eine rasche Weiterführung der Nordtangente Ost einsetze. Sie verwiesen auf die entsprechende Aussage im Kommunalwahlprogramm:

- **„Fortführung der Nordtangente-Ost** über den Elmorgenbruch bis zur Theodor-Heuss-Allee: Die Stadt Karlsruhe schöpft alle Möglichkeiten aus, die Finanzierung dieses Abschnitts mit Hilfe von öffentlichen Mitteln überregionaler Träger zu erreichen. Sollte dies nicht möglich sein, muss die Stadt die Baumaßnahme mit Mitteln aus dem städtischen Haushalt realisieren.
- **Ablehnung** des Hardtwalddurchstichs, der Hängebauch-Lösung und der Planung einer Nordtangente-West.“

Voraussetzung für eine schnelle Realisierung der Nordtangente-Ost als kommunale Straße, so **Landtagsabgeordneter Johannes Stober**, sei allerdings eine Förderungszusage des Landes für den rund 70 Mio. Euro teuren Bauabschnitt.

Er habe sich daher in einem Schreiben an den baden-württembergischen Innenminister Heribert Rech (CDU) für eine Förderung der Nordtangente-Ost durch das Land eingesetzt, so Stober. Üblicherweise werden kommunale Straßenbauvorhaben nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (bzw. inzwischen Entflechtungsgesetz) mit 70 % durch das Land gefördert. Die Förderung des Landes könnte daher bis zu 49 Mio. Euro betragen, erläuterte der SPD-Abgeordnete.

Abschließend verweist Johannes Stober auf die ungleichmäßige Verteilung der Fördermittel des Landes in den letzten acht Jahren. Von 2000 bis 2007 habe die Stadt Karlsruhe nur 7,963 Mio. Euro an Fördergeldern für den kommunalen Straßenbau erhalten im Unterschied zu Mannheim (35,443 Mio. Euro) und Stuttgart (80,353 Mio. Euro). „Ich möchte diese Verteilung jedoch ausdrücklich nicht als Kritik an der Landesregierung verstanden wissen“, so Johannes Stober. Wenn die Stadt Karlsruhe in den letzten Jahren weniger Bedarf hatte, sei es auch logisch, dass sie weniger Mittel erhielt. Genauso müsse Karlsruhe aber umgekehrt in den nächsten Jahren überdurchschnittlich mehr Mittel aus der kommunalen Straßenbauförderung bekommen, wenn der entsprechende Bedarf da ist. „Und mit der Weiterführung der Nordtangente-Ost ist dieser Bedarf auch ohne jeden Zweifel vorhanden“.

Edeka-Fleischwerk in Rheinstetten

- SPD setzt sich für Aufklärung ein -

Die mögliche Ansiedlung des Edeka-Fleischwerks in Rheinstetten bereitet der Bevölkerung in Daxlanden und in der Heidenstückersiedlung große Sorgen insbesondere im Hinblick auf die Aspekte Klima, Lärm und Geruch. Die SPD-Fraktion hat deshalb zwei Anträge gestellt:

Antrag vom 6.11.08:

„In den Gesprächen mit der Stadt Rheinstetten wirkt die Stadtverwaltung darauf hin, dass mögliche künftige Bebauungen, die für die Karlsruher Bevölkerung belastenden Auswirkungen, insbesondere in klimatischer Hinsicht, haben könnten, ausgeschlossen werden.“

Mit diesem Antrag will die SPD für die Zukunft eine Salami-taktik, die eine schrittweise Bebauung der Freiflächen vorsieht, verhindern. Denn wenn auch einzelne Maßnahmen vertretbar sein mögen, wie es das Klimagutachten aussagt, in der Summation kann es zu einer Verschlechterung des Klimas in Karlsruhe kommen.

Antrag vom 19.11.08:

1. Die Stadtverwaltung veranlasst eine „Nullmessung“ Lärm und Geruch.
2. Die Stadtverwaltung veranlasst eine Kennzeichenverfolgung, die Aufschluss über die Verkehrswege von der Südtangente (westlich der Ausfahrt Rheinhafen sowie östlich der Ausfahrt Kühler Krug) zur B36 bei der Neuen Messe (Kreuzung B36/Messering) gibt.
3. Die Stadtverwaltung legt dar, welche kumulativen Effekte die bestehende und welche kumulativen Effekte eine künftige Bebauung des Areals für das Karlsruher Stadtklima hat.

Mit der sogenannten „Nullmessung“ wird eine Lärm- und Geruchsmessung im jetzigen Zustand (ohne Fleischwerk) vorgenommen. Diese Messwerte können dann mit den Werten verglichen werden, die nach einer Inbetriebnahme des Fleischwerks gemessen werden.

SPD: Kürzung freiwilliger Leistungen ist tabu - Finanzbürgermeisterin schürt erneut Verunsicherung -

Finanzbürgermeisterin Margret Mergen verunsichert zum wiederholten Male die Empfänger freiwilliger Leistungen. So kommentiert die SPD-Gemeinderatsfraktion Mergens jüngste Forderung in einem Karlsruher Presse-Medium, dass in naher Zukunft Abstriche bei der Kultur- und Sportförderung gemacht werden müssten. Für geradezu realitätsfremd hält die SPD Mergens weiteren Vorstoß, Einsparungen im Schulbereich vorzunehmen. Soll die dringende Sanierung in Karlsruher Schulen auf den St. Nimmerleinstag verschoben werden und damit das Lernumfeld unserer Schülerinnen und Schüler beeinträchtigt bleiben, fragt SPD-Fraktionsvorsitzende Doris Baitinger?

Die Finanzbürgermeisterin, so die SPD weiter, lässt jede Sensibilität im Umgang mit den für Karlsruhe so wichtigen Institutionen im Sport, Sozial- und Kulturbereich vermissen. Denn kaum atmen die Organisationen auf, weil die Globale Minderausgabe 2008 nicht umgesetzt werden muss, werden sie von der Finanzbürgermeisterin erneut

als Sparopfer auserkoren. Mergen macht einfach keine verlässliche Finanzpolitik, kritisiert Doris Baitinger. Unter dem Deckmantel vermeintlicher Gewerbesteuer-Einbrüche (ein vermuteter Rückgang von 10-15 Prozent ist kein Einbruch), sägt sie am Fundament des ehrenamtlichen Engagements in Karlsruhe. Sie sollte lieber, wie von der SPD-Fraktion schon lange eingefordert, erklären, warum Karlsruhe im Vergleich zu anderen baden-württembergischen Großstädten beim Sach- und Verwaltungsaufwand so schlecht abschneidet.

Abschließend weist die SPD darauf hin, dass letztlich der Gemeinderat über den Haushalt und damit auch über die freiwilligen Zuwendungen entscheidet. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit, an die man die Finanzbürgermeisterin leider des Öfteren erinnern muss. Bei den Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt 2009/2010 am 21. und 22. April 2009 wird es mit der SPD definitiv keine Kürzung bei den Zuschüssen geben.

Städtische Anlage bei Lehman Brothers - SPD stellt kritische Fragen -

Unmittelbar nachdem bekannt geworden ist, dass auch die Stadt Karlsruhe eine Anlage in Höhe von 10 Mio. Euro beim insolventen deutschen Ableger der amerikanischen Bank Lehman Brothers getätigt hat, sind von der SPD kritische Fragen an OB Heinz Fenrich gestellt worden. Im Folgenden finden Sie die Fragen und die mittlerweile vorliegenden Antworten des OB (in gekürzter Form):

1. Welches Anlageverständnis hat die Stadt Karlsruhe bzw. warum tätigt sie eine derartige Anlage?

„Sicherheit, Rentabilität und Risikostreuung sind seit Jahrzehnten die Anlagemaximen der Stadt Karlsruhe. Dabei geht es primär darum, überschüssige Liquidität der Stadt und der städtischen Gesellschaften kurz bis maximal mittelfristig anzulegen. Daher wurden und werden Festgeldanlagen nur bei Kreditinstitutionen vorgenommen, die einem Einlagesicherungsfonds angehören. Das deutsche Kreditinstitut Lehman Brothers gehört dem Einlagesicherungsfonds des Bundesverbandes Deutscher Banken an.“

2. Welcher Zinssatz liegt der Anlage bei Lehman zugrunde und um wie viel höher liegt er im Vergleich zu einem z.B. von der Sparkasse angebotenen Zinssatz?

„Die Anlage wurde zu 5,72 % p.a. getätigt. Der Renditeunterschied zwischen Sparkassen und Geschäftsbanken ändert sich täglich. Bei dieser Anlage waren es 0,60 %-Punkte.“

3. Die Anlage wurde im Juni 2008 getätigt. War es der Stadt nicht bekannt, dass es zu diesem Zeitpunkt bereits Turbulenzen im amerikanischen Bankensektor gab?

„Mit einem Ausfall der Lehman Brothers USA war Juni 2008 nicht zu rechnen.“

4. Hat sich die Stadt im Vorfeld über das mögliche Risiko der Anlage informiert bzw. werden im Vorfeld von Anlagen Risikoanalysen gemacht?

„Vgl. Nr. 1. Dieser konservativen Anlagestrategie folgend, hat sich die Stadt Karlsruhe beispielsweise nicht an den Cross-border-lease-Geschäften beteiligt, die einen finanziellen Einmaleffekt besitzen, deren entsprechende Risiken jedoch die nachfolgenden Generationen belasten. Auch hat die Stadt Karlsruhe keine Zinsswap-Geschäfte getätigt, da die Marktrisiken als zu hoch eingestuft wurden.“

Mittlerweile hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen (BAFin) für die Lehman Brothers AG den Entschädigungsfall festgestellt. Der Bundesverband hat nochmals bestätigt, dass die Einlage zu 100 Prozent abgesichert ist. Allerdings werden die vereinbarten Zinsen nur bis zum Tag der Eröffnung des Insolvenzverfahrens durch den Einlagesicherungsfonds vollständig bezahlt. Auch im Gemeinderat wurde über die Anlagepolitik der Stadt diskutiert. Auf Verlangen der SPD und der Grünen wird das Thema im Hauptausschuss weiter behandelt.

Verschiedenes

■ SPD setzt sich für Familien ein

Derzeit erhalten Familien mit mehr als einem Kind nur dann eine Gebührenreduzierung für das zweite und weitere Kinder, wenn alle Kinder Einrichtungen desselben Trägers besuchen. Da nun aber die Verteilung der Träger und ihrer Einrichtungen über das Stadtgebiet zufällig ist, ist es eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und der Chancengleichheit, alle Familien gleich zu behandeln und ihnen die gleiche Gebührenreduzierung zu gewähren.

Beispiel: Eine Familie hat drei Kinder. Das älteste Kind kommt nun in die Schule. Der Schülerhort wird von einer Elterninitiative angeboten. Die beiden kleineren Kinder gehen noch in die KiTa, die von einem anderen Träger betrieben wird. Diese Familie ist nun gezwungen, die vollen Gebühren für das Kind im Schülerhort zu bezahlen.

Die SPD hat deshalb folgenden Antrag für den Gemeinderat gestellt, der auf offene Türen bei den anderen Fraktionen und der Verwaltung gestoßen ist:

Antrag vom 6.11.08:

„Alle Familien mit zwei oder mehr Kindern, die eine Betreuungseinrichtung besuchen, erhalten dieselbe Gebührenreduzierung unabhängig vom Träger.“

■ Uhlandschule: SPD fordert Aufklärung

Die SPD-Gemeinderatsfraktion fordert eine rasche Aufklärung durch die Schulverwaltung über die Verwirrung, die in der Uhlandschule herrscht. Eltern und Schüler haben berichtet, dass im Zuge des Schulverbundes zwischen Uhland- und Nebeniussschule die verbleibenden Schüler der Uhland-Hauptschule sich zum nächsten Schuljahr eine neue Schule suchen müssten. **Fraktionsvorsitzende Doris Baitinger** fordert in diesem Zusammenhang klipp und klar: „Das Schulamt muss dringend für Aufklärung sorgen.“ Darüber hinaus fordert sie eine Garantie für die jetzt schon die Uhlandschule besuchenden Schülerinnen und Schüler, dort ihren Abschluss machen zu können.

■ SPD für kommunalen Ordnungsdienst

Ein kommunaler Ordnungsdienst (KOD) ist organisatorisch meist beim Ordnungsamt der Kommune angesiedelt. KODs sind eine Reaktion der Städte und Gemeinden auf zunehmende Sicherheitsprobleme (offene Drogenszene, Verwahrlosungstendenzen, Straßenkriminalität, mangelnde Stadtsauberkeit) und die gleichzeitig schwindende Präsenz der staatlichen Polizei.

Der KOD sorgt durch seine Präsenz und durch sein Einschreiten gegen Einzelne, die mit ihrem Verhalten in der Öffentlichkeit die Ordnung in unserem Gemeinwesen stören, für mehr Sicherheit in den Städten. Seine Arbeit trägt dazu bei, dass sich Bevölkerung, Geschäftswelt, Besucherinnen und Besucher sicherer fühlen können. Die SPD-Fraktion hat folgenden Antrag in den Gemeinderat eingebracht:

Antrag vom 13. 11.08:

„Die Stadtverwaltung erarbeitet ein Konzept für die Einrichtung eines Kommunalen Ordnungsdienstes in Karlsruhe und stellt die Kosten für eine solche Institution dar.“

■ SPD: Viele Gespräche mit Institutionen

Auch in den vergangenen Wochen und Monaten hat die SPD-Fraktion erneut viele Gespräche mit Vereinen, Verbänden und sonstigen Institutionen geführt. So zum Beispiel mit der Interessengemeinschaft „Die Siedler von KA“, dem Behindertenbeirat, dem Internationalen Bund, Pro-Familia und dem Stadt- und Kreisverband der Hörgeschädigten. Darüber hinaus besuchte die Fraktion das Parzival-Schulzentrum sowie den Technologiepark Karlsruhe. Im Vordergrund der Gespräche stand der kommende Doppelhaushalt 2009/2010. Die Institutionen stellten ihre Projekte vor, für die sie eine finanzielle Unterstützung der Stadt beantragen. **Die SPD-Fraktion verspricht, die jeweiligen Anträge bei den internen Haushaltsberatungen Anfang Februar 2009 wohlwollend zu prüfen.**

Die Stadträtinnen und Stadträte der SPD-Fraktion



Hans Pfalzgraf - Ursula Paepcke - Heike Backes - Elke Ernemann - Natascha Roth - Ute Müllerschön
Doris Baitinger - Jürgen Marin - Dr. Heinrich Maul - Gisela Fischer - Michael Zeh - Angela Geiger

wünschen Ihnen schöne Weihnachten und ein gutes Neues Jahr 2009